



Österreichischer  
Gemeindebund

An die  
Parlamentsdirektion  
z.H. Herrn Mag. Gottfried Michalitsch  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Per E-Mail: [Stellungnahmen.Petitionsausschuss@parlament.gv.at](mailto:Stellungnahmen.Petitionsausschuss@parlament.gv.at)

Wien, am 23. Dezember 2020  
Zl.: 900/231220/GK

**Betreff: Ihr Schreiben vom 17.12.2020: Parlamentarische Bürgerinitiative –  
Sicherung der Gemeindeleistungen**

Sehr geehrter Herr Mag. Michalitsch!

Wir bedanken uns für die am 17.12.2020 erfolgte Übermittlung der von Herrn NR-Abg. Bgm. Andreas Kollross initiierten parlamentarischen Bürgerinitiative betreffend die Sicherung der Gemeindeleistungen, zu der wir wie folgt Stellung nehmen:

Der Österreichische Gemeindebund freut sich darauf hinweisen zu können, dass nach dem bereits im Frühjahr 2020 erreichten Kommunalinvestitionsgesetz (1 Mrd. Euro an Zweckzuschüssen des Bundes für Investitions-, Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen der Gemeinden für die Jahre 2020 und 2021), vor wenigen Tagen ein zweites Gemeindepaket mit der Bundesregierung vereinbart werden konnte – davon weitere 500 Mio. Euro an frischen Mitteln des Bundes sowie eine Milliarde Euro zur Stärkung der Liquidität der Gemeinden im Jahr 2021, die frühestens ab 2023 und nur in Jahren mit einer guten wirtschaftlichen Entwicklung wieder schrittweise über die monatlichen Ertragsanteile zurückgeführt wird. Wie etwa auch nach Einschätzung des KDZ sollte dadurch die Liquidität der Gemeinden im Jahr 2021 gesichert sein.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Österreichischen Gemeindebund:

Dr. Walter Leiss  
(Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Bgm. Mag. Alfred Riedl  
(Präsident des  
Österreichischen Gemeindebundes)